

## Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### 150 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Deutschland und Japan

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

2011 blicken Deutschland und Japan auf 150 Jahre diplomatische Beziehungen zurück. Der 150. Jahrestag der Unterzeichnung des Handels-, Schifffahrt- und Freundschaftsvertrags zwischen Preußen und Japan am 24. Januar 1861 gibt Anlass, die gemeinsame Entwicklung Revue passieren zu lassen, Bilanz zu ziehen und den Blick auf die Zukunft zu richten. Das bilaterale Verhältnis Deutschlands zu Japan ist traditionell vertrauensvoll und freundschaftlich. Gemeinsame Werte wie Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und freiheitliche Demokratie, aber auch marktwirtschaftliche Ordnung sind ein starkes Bindeglied. Die gemeinsame Verpflichtung zur Lösung globaler Herausforderungen und zur Sicherung von Frieden und Stabilität in regionalen Krisenherden beizutragen, lässt Deutschland und Japan zu natürlichen Partnern für das 21. Jahrhundert werden. Dieser Verantwortung können Deutschland und Japan gerecht werden, wenn sie ausgehend vom soliden Fundament der deutsch-japanischen Partnerschaft und gegründet auf einer breiten, vertrauensvollen Zusammenarbeit insbesondere auf den Gebieten der Wissenschaft, der Kultur und des wirtschaftlichen Austauschs neue Initiativen entwickeln.

Die ersten Kontakte zwischen Japanern und Deutschen gehen in das 17. Jahrhundert zurück, als deutsche Gelehrte in Diensten der Niederländischen Ostindien-Kompanie in Japan weilten und das Land studierten und gleichzeitig europäisches Wissen nach Japan vermittelten. Mit der Unterzeichnung des Vertrags von 1861 in Tokyo nahm der offizielle Austausch zwischen Japan und Preußen seinen Anfang. Mit dem Abschluss des Freundschaftsvertrages wurde die Grundlage für die deutsch-japanische Freundschaft geschaffen.

Zwischen beiden Ländern gibt es ein großes Maß an Ähnlichkeiten am Beginn ihrer nationalstaatlichen Entwicklung. Sowohl in Japan als auch in Deutschland setzte die Industrialisierung gegenüber Großbritannien und Frankreich verspätet in der Mitte bzw. gegen Ende des 19. Jahrhunderts ein; die Gründung des Nationalstaats lässt sich in beiden Fällen auf das Jahr 1871 datieren, als das Deutsche Reich gegründet wurde und in Japan die Feudalfürstentümer durch von Tokyo aus kontrollierte Präfekturen ersetzt wurden. Beide Länder setzten sich zum Ziel, einen modernen, ökonomisch wie politisch leistungsfähigen Staat im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie zu entwickeln, in dem Reformen von einem ausgeprägten Berufsbeamtentum vorangetrieben wurden. Deutsches Staats- und Zivilrecht erwies sich aus diesem Grund als ein in vielerlei Hinsicht geeignetes Vorbild für die japanischen Reformen, selbst für die Erarbeitung der japanischen Verfassung von 1889, die bis 1947 Gültigkeit haben sollte.

Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem sich Japan und Deutschland feindselig gegenüber standen, kam es zu einer deutsch-japanischen Wiederannäherung. Die Beziehungen konzentrierten sich nun vor allem auf den kulturellen Bereich. Es kam zum Abschluss eines Kulturabkommens und zur Gründung diverser kultureller Institutionen, wie das Japan Institut (Berlin, 1926), das Japanisch-Deutsche Kulturinstitut (Tokio, 1927), und das Japanisch-Deutsche Forschungsinstitut (Kyoto, 1934). Der gegenseitige Kulturaustausch führte zur Proklamation einer „japanisch-deutschen Verwandtschaft im Geiste“, deren realer Gehalt allerdings bald für politische Zwecke missbraucht werden sollte.

Mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland entwickelte sich das japanisch-deutsche Verhältnis zu einer Kriegsallianz. Im September 1940 unterzeichnete Japan den Dreimächtepakt mit Deutschland und Italien. Dieser erweiterte den bestehenden Antikominternpakt um gegenseitige militärische Unterstützung. Das Bündnis mit Japan sollte den Kriegseintritt der USA auf der Seite Großbritanniens verhindern. Japan behielt sich jedoch vor, im Bündnisfall autonom zu entscheiden, ob es den USA den Krieg erklären werde oder nicht.

Deutschland und Japan fochten ihre Aggressions- und Eroberungskriege, mit verheerenden Folgen für die Menschen in den betroffenen Nachbarländern. Der Zweite Weltkrieg endete für beide Ländern 1945 in der bedingungslosen Kapitulation und in einer politischen und moralischen Katastrophe.

Die Bundesrepublik Deutschland und Japan nahmen 1955 wieder diplomatische Beziehungen auf. Als Folge des „Wirtschaftswunders“ in der Bundesrepublik sowie des schnellen Wirtschaftswachstums in Japan kam es seit der zweiten Hälfte der 1960er Jahre zu einem rasanten Wachstum des bilateralen Handels wie auch zu einer Wiederaufnahme des kulturellen und wissenschaftlichen Austauschs. 1969 wurde das Japanische Kulturinstitut in Köln gegründet, 1974 das Rahmenabkommen zum Wissenschaftsaustausch zwischen Japan und Deutschland unterzeichnet. 1985 wurde das Japanisch-Deutsche Zentrum Berlin (JDZB) und 1988 das Deutsche Institut für Japanstudien (DIJ) in Tokyo gegründet, die Zahl der japanologischen Lehrstühle verdoppelte sich während der 1980er Jahre fast. Das Deutsch-Japanische Forum leistet durch intensiven Dialog und Netzwerkbildung einen Beitrag besonderer Art zur operativen Gestaltung der bilateralen Beziehungen und der gemeinsamen Wahrnehmung globaler Verantwortung.

Im Zuge der engen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit hat sich in den letzten Jahrzehnten auch die politische Zusammenarbeit verdichtet. Gemeinsam verfolgen Deutschland und Japan ihre Interessen bei zentralen Zukunftsthemen wie Abrüstung und Nichtverbreitung sowie - u. a. mit der Reform des VN-Sicherheitsrates - global governance. Die enge Abstimmung über gemeinsame Positionen beim Klimaschutz und weitere gemeinsame Schritte zur Friedenssicherung wie z.B. in Afghanistan und Zentralasien vertiefen die vertrauensvolle Zusammenarbeit und leisten einen Beitrag zur Gestaltung des Globalisierungsprozesses. In besonderem Maß gilt dies auch im Hinblick auf eine intensivere Kooperation im Rahmen der gemeinsamen Entwicklungszusammenarbeit sowie zukünftigen trilateralen Entwicklungspartnerschaften. Gemeinsame Anstrengungen beim Anti-Piraterie-Einsatz und Überlegungen zur japanischen Beteiligung an GSVP-Missionen weisen auf das Zukunftspotenzial der Verantwortungspartnerschaft.

Deutschland und Japan verfügen beide über wettbewerbsfähige, exportorientierte Volkswirtschaften. Freier Welthandel, weiterer Abbau von Handelshemmnissen und freie Wechselkurse liegen in unserem gemeinsamen Interesse, nicht zuletzt auch, um noch besser aus dem Potenzial der europäisch-japanischen Wirtschaftsbeziehungen schöpfen zu können. Im G8/G20-Kontext sind beide Länder verantwortlich für die nachhaltige Aufrechterhaltung dieses Systems und tragen durch Umweltschutz und Unterstützung weniger entwickelter Länder dazu bei. Zugleich müssen sich beide Länder den Herausforderungen stellen, ihr Wirtschaftssystem nachhaltiger – sowohl mit Blick auf klima- und umweltverträgliches Wirtschaften wie auch auf die Bewältigung makroökonomischer Ungleichgewichte – zu gestalten. Ähnlich gelagerte strukturelle Herausforderungen wie Rohstoffarmut und demographische Entwicklung zwingen uns, hierauf nicht nur politische und wirtschaftliche, sondern auch wissenschaftliche Antworten zu suchen. Der wissenschaftliche Austausch spielt demzufolge eine wichtige

Rolle in den bilateralen Beziehungen. Dies gilt vor allem für die deutschen und japanischen Universitäten: 30 japanische Spitzenuniversitäten bieten seit der Universitätsreform von 2004 als „Centers of Excellence“ ein günstiges Umfeld für die ähnlich ausgerichtete „Exzellenz-Initiative“ in Deutschland. Verschiedene Hochschulkooperationen werden durch eine Vielzahl von Projektabkommen und Kooperationsvereinbarungen außeruniversitärer Forschungsinstitute ergänzt. Der Siebold-Preis, der von der deutschen Wirtschaft gestiftete Erwin-Bälz-Preis und der zuletzt geschaffene Wissenschafts- und Innovationspreis dienen in hervorragender Weise der Förderung des Wissenschaftsaustauschs zwischen den beiden Ländern.

Der kulturelle Austausch ist intensiv und vielseitig. Das dichte kulturelle Netzwerk mit 57 Japanisch-Deutschen Gesellschaften, 299 Hochschulkooperationen, ca. 250 deutschsprachigen Lektoren, 60 Städtepartnerschaften und den drei Zweigstellen des Goethe Instituts in Tokyo, Osaka und Kyoto ist Basis und Ausgangspunkt vielfältiger Veranstaltungen.

Die weitere Intensivierung und Ausbalancierung des kulturellen und wissenschaftlichen Austauschs bleibt eine wichtige Aufgabe für die Zukunft. Im Bildungs- und Wissenschaftsbereich bedarf es größerer Anstrengungen, um das Erlernen der deutschen Sprache und den Austausch von Studierenden zwischen deutschen und japanischen Universitäten zu verbessern.

## II. Der Deutsche Bundestag regt an:

Überzeugt, dass der jungen Generation bei der Gestaltung des Verhältnisses beider Länder und der Vertrauensbildung zwischen ihnen eine herausgehobene Bedeutung zukommt und in dem Wissen, dass die junge Generation die solide Partnerschaft zu einer lebendigen Beziehung macht, regt der Deutsche Bundestag die Schaffung eines Koordinators für den Jugendaustausch an. Dieser soll für eine stärkere Wahrnehmung bereits bestehender Austauschprogramme unter der Jugend beider Länder werben und das Interesse am Erlernen der jeweiligen Sprache wachhalten und fördern.

Zur Förderung der bilateralen Beziehungen und im Hinblick auf die internationale parlamentarische Zusammenarbeit strebt der Deutsche Bundestag eine Ausweitung der Kontakte und des Erfahrungsaustausches mit dem japanischen Parlament an. Diesem Ziel soll durch die Vergabe von Stipendien im Jubiläumsjahr 2011 besondere Sichtbarkeit verliehen werden.

## III. Der Deutsche Bundestag bekräftigt:

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind die japanisch-deutschen Beziehungen unkomplizierter denn je. Durch eine Vielzahl gemeinsamer Interessen und gemeinsamer Verpflichtung zu globaler Verantwortung sind Japan und Deutschland natürliche Partner und Freunde für das neue Jahrhundert. 150 Jahre deutsch-japanischer Beziehungen sind eine bemerkenswerte Erfolgsgeschichte, die beide Partner fort-schreiben wollen und werden.

Berlin, den 26. Januar 2011

**Volker Kauder, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof) und Fraktion**

**Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion**

**Birgit Homburger und Fraktion**

**Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion**